

Warum tun wir, was wir tun?

Erkenntnisse der Transformationsforschung und ihre Bedeutung für Bildung für nachhaltige Entwicklung

Von Hans Holzinger¹

Warum tun wir, was wir tun? Und warum tun wir das eine und das andere nicht? Dies sind die zentralen Fragen von Motivationsforschung. Warum halte ich hier diesen Workshop? Weil es mir ein Anliegen ist, mit Ihnen über ein mir wichtiges Thema ins Gespräch zu kommen? Weil Sie als Unterrichtende wichtige MultiplikatorInnen sind? Weil ich gerne unser Institut hier vorstelle? Weil mich der Ort, das schöne Seminarhotel, angesprochen hat? Weil ich hoffe, hier ein paar meiner Bücher zu verkaufen? Weil ich gerne wieder KollegInnen treffe? Weil ich im Sommer eher Zeit habe, solche Anfragen wahrzunehmen? Wir sehen, jeder Handlungsentscheidung liegt ein ganzes Motivbündel zu Grunde. Diese Motive können inhaltlicher Natur sein – etwas vermitteln wollen, spannende Fachdiskussionen führen; sie können strategischer Natur sein – unser Institut soll an dieser Sommerakademie vertreten sein (wir sind ja Co-Veranstalter); sie können aber auch ganz persönlicher Natur sein – KollegInnen wieder treffen, das schöne Seminarhotel genießen.

Ebenso verhält es sich mit unserem Umwelthandeln. Selten gibt es nur ein Motiv, warum wir das eine tun und das andere lassen. Man kann es auch so sagen: In allen Entscheidungen spielen ethische Fragen (Was finde ich richtig), der gesellschaftliche Druck und Normen (Was wird erwartet), seit langem eingeübte Alltagsroutinen (die wir ungern verlassen), aber auch Aspekte wie das Lustprinzip (wir tun, was uns Spaß macht) oder das Vermeidungsprinzip (wir unterlassen, was mit Anstrengung verbunden ist) eine Rolle.

In der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird in der Regel von Wissen und Kompetenzen, Haltungen und Verhaltensänderung ausgegangen (vgl. Jahrbuch BNE 2013, mehrere Beiträge, insbesondere Stoltenberg). Das Ziel liegt darin, (junge) Menschen zu einem ökologischen Verhalten anzuleiten: „Bildung für nachhaltige Entwicklung will Menschen ermöglichen, sich an der Gestaltung des eigenen Lebens in Kooperation mit anderen so zu beteiligen, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und zugleich Menschen ein gerechtes Auskommen und Gerechtigkeit hinsichtlich ihrer Lebenschancen zugänglich ist.“

¹ Impuls zur Sommerakademie 2019 des Forum Umweltbildung, 20-22.8.2109, Wesenufer

(Stoltenberg 2013, S. 33). „Gestaltungskompetenz“ gilt als zentrales Lernziel (de Haan 2014, S. 159) BNE soll sich auf den Lebensalltag der Schüler und Schülerinnen beziehen, soll deren Handlungsspielräume berücksichtigen (Vorage 2019). Der Pädagoge Martin Heinrich (2010) fordert das In-Übereinstimmung-Bringen von Wollen und Können als Voraussetzung für das Gelingen von Nachhaltigkeitsbildung. Wenn den Jugendlichen keine wirklichen Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden, mache es keinen Sinn, sie mit Problemen zu überhäufen.

Dieser Beitrag plädiert dafür, BNE als gesellschaftspolitische Aufgabe zu sehen, der es um die Hinterfragung ökonomischer und politischer Strukturen der Nicht-Nachhaltigkeit geht, um das Einfordern von Strukturen der Nachhaltigkeit (Euler 2014, 167ff). Auf der Ebene der Verhaltensänderung wird nicht selten davon ausgegangen, dass das richtige Wissen automatisch zu einem richtigen Verhalten führt. Und wenn mehr Menschen sich ein umweltgerechtes Verhalten aneignen, dann wird dies die notwendige Nachhaltigkeitswende bringen, so die Überzeugung. Salopp gesagt: Der bessere Mensch macht dann die bessere Gesellschaft.

Erst in jüngster Zeit erkennt man, dass die einfache Formel „Mehr Wissen = nachhaltigeres Verhalten“ so nicht stimmt und dass das (alleinige) Ansetzen an individueller Verhaltensänderung nicht reicht. Die Transformationsforschung untersucht Gelingensfaktoren und Barrieren für gesellschaftlichen Wandel. Es geht um die Frage, unter welchen Bedingungen sich Gesellschaften verändern, wie es also zu „kollektivem Lernen“ kommt (Schneidewind 2018, Linz 2011, Jahrbuch BNE 2018).

Tiefenstrukturen der Konsumgesellschaft

Wenn die Formel „Mehr Wissen = anderes Verhalten“ nicht zutrifft, muss ein erster Schritt sein, möglichen tieferliegenden Barrieren für Verhaltensänderungen auf die Spur zu kommen. „Warum wir nicht anders handeln, obwohl wir es besser wissen“ fragt die Konsumforscherin Gabriele Sorgo (2011) in einem Band des Forum Umweltbildung. Sie spricht von einem „Konsumdispositiv“, das dem modernen Kapitalismus eingeschrieben sei. Dieser produziere uns nicht (nur) jene Dinge, die wir brauchen, die nützlich sind, uns den Lebensalltag erleichtern, sondern er verkaufe uns Erlebnisse, Glücksversprechen. Es sei nicht leicht, aus diesem „Konsumdispositiv“ auszubrechen, da es stärker prägt als jede Erziehung, so die Überzeugung von Sorgo. Da wir Erlebnisse aber nicht wirklich kaufen können, wollen wir Enttäuschungserfahrungen durch immer neue Angebote entfliehen (Sorgo u.a. 2006). Nachhaltigkeit habe daher wesentlich eine kulturelle Dimension, die weit über einen anderen

Konsum hinausreiche: „Umweltprobleme allein mit dem Kauf der ‘richtigen’ Dinge lösen zu wollen, stellt nur die erste Reaktion auf die Erkenntnis dar, dass es so nicht weitergehen kann.“ (Sorgo 2011, 124).

Ähnlich argumentiert der Soziologe Hartmut Rosa (2018) mit seiner Resonanztheorie. Die kapitalistische Warenwirtschaft übersetze, so Rosa, unser „Beziehungsbegehren in ein Objektbegehren“ (S. 45). Der omnipräsenten Verfügbarkeit der Warenwelt setzt Rosa eine gelingende Weltbeziehung als „Antwortverhältnis“ (S. 120) entgegen. Dieses könne der Konsumkapitalismus nicht befriedigen: „Die begehrten Eigenschaften – das selbstwirksame Sich-anrufen-und-verwandeln-Lassen – werden den Objekten bzw. den Waren (zu denen auch die Kreuzfahrt, die Ayurveda-Kur oder die Wüstensafari gehören) selbst zugeschrieben.“ (S. 121). Doch Erlebnisse lassen sich nicht inszenieren, so auch Rosa. Der „magische Zaubertrick des Kapitalismus“ (ebd.) bestehe nun darin, aus diesen permanenten Enttäuschungserlebnissen das Begehren immer anderer Objekte zu generieren – „ohne in diesen jemals zu finden, was wir suchen“ (ebd.). Die Folge dieses Steigerungs- und Expansionszwangs sei die Zerstörung der Welt, oder - in den Worten Rosas – „die Rückkehr des Unverfügbaren als Monster“ (S. 124). Rosa greift Topoi wie die „Versäumnisangst des modernen Menschen“ (Gronemeyer 1993, 2009), das „Steigerungsspiel“ (Schulze 1992), den „Erlebniskapitalismus“ (Firlei 2013) oder die frühe Konsumkritik (Fromm, vgl. dazu „Der märchenhafte Aufstieg der Dinge“, Holzinger 2012, S. 25ff) auf, ohne sich explizit auf diese zu beziehen. Er setzt den modernen Steigerungs- und Verfügbarkeitszwang in den Kontext von Resonanz, die dadurch verloren gehe.

Sorgo und Rosa folgend hieße Bildung für nachhaltige Entwicklung bzw. Konsumerziehung nicht primär, darauf zu verweisen, was ökologischen Konsum ausmacht und die jungen Menschen dazu anzuhalten, sondern die Tiefenstrukturen unserer Wünsche und unseres Begehrens bewusst zu machen - und zu reflektieren, wie diese durch den Konsumkapitalismus missbraucht werden.

Ökonomische Wachstumswänge und Auswege

Sorgo und Rosa verweisen auf die psychischen Tiefenstrukturen, die den Steigerungszwang am Laufen halten. Zudem gibt es Studien über den ökonomischen „Wachstumswang“ des modernen Kapitalismus. „Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben“, fragt der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger (2019). In Fort-

führung der Theorie seines Vaters Hans Christoph Binswanger, dem Mitbegründer der Ökologischen Ökonomie, zeigt der Volkswirtschaftler, dass das Funktionieren des Kapitalismus nicht nur von der Produktion, sondern mehr noch vom Konsum abhängt. Ökonomisch gesehen: Es geht nicht nur um die Angebotsseite, sondern auch um die Nachfrageseite. Nur wenn konsumiert wird, wird auch investiert und produziert. Bei sinkenden Konsumerwartungen fahren Unternehmen ihre Investitionen und ihre Produktion zurück, Zulieferunternehmen sind gezwungen, dies ebenso zu tun. Menschen werden arbeitslos, was die Konsumnachfrage weiter senkt. Eine Schrumpfungsspirale nach unten führt Volkswirtschaften in die Krise, so die These. Möglich sei, den Wachstumszwang zu begrenzen, meint Binswanger, etwa durch Abkehr von den renditeabhängigen Aktiengesellschaften hin zu Unternehmen nach Genossenschafts- und Stiftungsrecht, abzuschaffen sei er nicht.

Andere ÖkonomInnen, etwa Stephan Schulmeister (2018), argumentieren, dass es um eine Richtungsänderung des Wachstums gehe: Investitionen in die ökologische Wende, in öffentliche Leistungen, nachhaltige Infrastrukturen. VertreterInnen einer Postwachstumsökonomie verweisen auf die ökologischen Grenzen des Wachstums (etwa Jackson 2011), die kulturellen Chancen einer pluralen Ökonomie, in der Erwerbsarbeit und Konsum ihre Dominanz verlieren (etwa Niko Paech 2012) sowie auf den Übergang zu „Solidarischen“ bzw. „Gemeinwohlökonomien“ (Felber 2012; I. L. A. Kollektiv 2019). Die Realität zeigt, dass in Volkswirtschaften mit hohem Bruttonationalprodukt exponentielles Wachstum nicht mehr möglich und auch nicht mehr sinnvoll ist, sich Politik und Gesellschaft auf lineares Wachstum einstellen müssen. Niedrige Wachstumsraten sind demnach kein Ausdruck von Scheitern, sondern der Unmöglichkeit dauerhaft exponentiellen Wachstums geschuldet (Bourcade u. a. 2018). Breite Übereinstimmung gibt es dahingehend, dass das zunehmende Auseinanderdriften der Vermögen und Einkommen nicht nur demokratiepolitisch gefährlich, sondern auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv ist. „Wenn Wachstum ein Ersatz für Gleichheit ist, dann ist Gleichheit auch ein Ersatz für Wachstum.“ (Hickel 2018, S. 385).

Was folgern wir daraus? Bildung für nachhaltige Entwicklung, der es um ein anderes Umwelthandeln geht, muss sich mit ökonomischen Fragen auseinandersetzen (vgl. Holzinger 2018a). Um eine Neujustierung der Sozialsysteme, des Steueraufkommens und der Arbeitswelt werden wir ebenso wenig herumkommen wie um die Herausforderung, Wachstum eine neue Richtung zu geben und Wohlstand neu zu definieren einschließlich einer anderen

Wohlstandsmessung (etwa Seidl/Zahrndt 2010, Raworth 2018; im Kontext der Sustainable Development Goals: Holzinger 2018b). Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, die Fallen des Reboundeffekts, die Chancen und Grenzen einer Kreislaufwirtschaft sowie einer neuen Wirtschaftsethik wären demnach zentrale Aspekte von BNE. Fragen sind zu stellen: Lässt sich der Kapitalismus zähmen? Ist eine globale ökosoziale Marktwirtschaft denkbar? Lässt sich eine Gemeinwohlwirtschaft jenseits des Konkurrenzprinzips umsetzen? Wie können eine Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende gelingen? Können neue Arbeitszeitmodelle mit einer Aufwertung von Sorgetätigkeiten und Freiwilligenengagement eine Abkehr vom Konsumismus einleiten? Bieten neue Technologien Chancen für eine nachhaltige Transformation – etwa durch Sharing-Modelle und neue Formen der Kommunikation und Assoziation? Oder ist der aktuelle Digitalisierungs-Hype nur der Versuch, der Sättigung der Märkte neue Wachstumsfelder entgegenzusetzen (Staab, 2016). Brauchen wir tatsächlich selbstfahrende Autos oder Smart Homes? Wie steht es um den Energieverbrauch der Digitalökonomie? (Sühlmann-Faul/Rammler, 2018) Müssen wir angesichts der Digitalisierung und Automatisierung die soziale Grundversorgung aller Menschen neu denken – etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen? (Precht 2018, Bregman 2019) Spannende Fragen für die BNE.

Die Komplexitäts-, Bequemlichkeits- und Verdrängungsfälle

Hinsichtlich der Frage, warum wir nicht anders handeln, obwohl wir es besser wissen, werden wir auch fündig in der Psychologie und Anthropologie. Einen großen Teil dessen, was wir tun, schauen wir anderen ab. Das Kleinkind lernt am meisten, in dem es andere beobachtet und nachahmt. Aber auch wir Erwachsenen unterliegen einem starken Nachahmungs- bzw. Gruppendruck, wie Untersuchungen zeigen (vgl. Welzer 2019). Dies kann ökologisches Verhalten behindern. Wenn andere ein größeres Autos haben oder ein Haus im Grünen, wollen wir es auch. Wenn andere sich Fernreisen oder einen Kurztrip zum Shoppen nach London gönnen, wollen wir es auch. Die Vergleichsfalle trägt neben der Anspruchsfalle – je mehr wir haben umso mehr wollen wir dazu – dazu bei, dass das Aussteigen aus dem Steigerungskarussell schwer fällt. Mathias Binswanger spricht von den „Tretmühlen des Glücks“ (2006).

Von Bedeutung sind ebenso einmal eingeübte Routinen, die schwer verlassen sein wollen. Da wir in unserem immer komplexer werdenden Leben eine Vielzahl an Entscheidungen treffen müssen, sind wir auf Routinen angewiesen. Bei jeder Handlung neu entscheiden zu müs-

sen, würde uns heillos überfordern. Dies kann freilich auch für die Einübung ökologischen Verhaltens genutzt werden. Sowie PionierInnen eines anderen Lebensstils zur Nachahmung anregen können, lassen sich neue Routinen durch Möglichkeiten des Erfahrens alternativer Handlungsoptionen erlernen (Grunwald 2012; Sorgo 2011).

Auch die Bequemlichkeit bzw. das Obsiegen des Lustprinzips gegen das Verantwortungsprinzip wird eine Rolle spielen, wenn wir trotz besseren Wissens in alten Fahrwassern verbleiben. Wir sind zwar für Klimaschutz, aber wenn der Urlaub naht, dann siegt doch der Wunsch nach der Fernreise. Wenn es regnet, lässt man das Fahrrad doch lieber zuhause. Es steht ja auch das Auto vor der Tür (Mohrs 2018). Zu nennen ist auch die Komplexitätsfalle, die häufig mit Gewissensberuhigung durch einzelne Umwelttaten verbunden wird. Ich kaufe ohnedies „Bio“ und fahre ein „E-Auto“, warum soll ich dann auch noch auf das Fliegen verzichten. Ich trinke nur fair gehandelten Kaffee, warum soll ich mich dann auch noch politisch für faire Arbeitsverhältnisse und Handelsbeziehungen einsetzen? Auf den Punkt bringt es das sogenannte „Marmelade-Mallorca“-Phänomen (Bilharz 2008): Ein Paar fliegt nach Mallorca auf Urlaub und beschwert sich im Hotel, dass die Marmelade beim Frühstück in Plastik verpackt serviert wird, da dies umweltschädlich sei. Dass der Flug nach Mallorca die Umwelt um ein Vielfaches belastet, wird dabei außen vor gelassen. In der Wirtschaft spricht man von „Greenwashing“ (Hartmann 2018). Das Flughafenunternehmen rühmt sich, dass die Zubringerdienste zu den Flugzeugen auf E-Mobile umgestellt wurden und verkennt den CO₂-Fussabdruck, den das Fliegen selbst verursacht. Ein Autokonzern wirbt damit, dass er für jedes verkaufte Auto einen Baum pflanzt. Den Klimawandel hält dies wohl nicht auf, vielmehr soll dem Käufer des Autos ein gutes Gewissen verschafft und dem Konzern ein weiterhin hoher Absatz gesichert werden (Hartmann 2009).

Verdrängen als Grundmuster der Konsumgesellschaft

Doch das Wissen über die Zusammenhänge steigt, die Umweltwissenschaften haben hier viel Wertvolles geleistet und die Medien spielen mittlerweile eine aufklärende Rolle. Die Ausrede, wir hätten es nicht gewusst, zieht immer weniger. Vielmehr verweist die Komplexitätsfalle heute auf die Verdrängungsleistung, die wir tagtäglich vollbringen (müssen). Wie sollen wir den Tag gut verbringen, wenn dieser bereits mit Nachrichten über Hitzewellen, Stürme, Hochwasser, abgeholzte Regenwälder, verloren gegangene Arten und zerstörte Bö-

den beginnt.² Der Philosoph Thomas Mohrs (2018) nennt mit dem YOLO-Argument eine spezielle Form der Verdrängung. Mit YOLO ist gemeint „You live once only“: wenn alles den Bach runter geht, dann jetzt noch gut leben. Die Verdrängungsfalle bzw. die mangelnde Fähigkeit, Krisen frühzeitig wahrzunehmen, zeigt der Soziologe Davide Brocchi (2012) an einem historischen Beispiel: Im Sommer des Jahres 1939, als der zweite Weltkrieg bereits begonnen hatte, fuhren die Franzosen wie gewohnt ans Meer, um dort Urlaub zu machen. Auch die Nichtwahrnehmung der Finanzkrise 2008 trotz einschlägiger Warnungen sei ein Beleg für dieses Dilemma, so der Soziologe. Brocchi sieht vier Hürden für komplexe Wahrnehmung: Menschen können nicht die ganze Wirklichkeit wahrnehmen (Überkomplexität), sie wollen es nicht (z. B. Konformitätszwang), sie müssen es nicht (Arbeitsteilung, Macht) und viertens sie dürfen es nicht (Geheimhaltung wichtiger Dinge, Ablenkung durch Unterhaltung und „titytainment“).

Wie lässt sich nun die Wahrnehmungsfähigkeit schärfen? Brocchi spricht von „gesellschaftlichen Sinnesorganen“, die die Wachsamkeit und das „Empfinden des Schmerzes“ (ebd. S. 135) fördern. Er nennt fünf Gruppen: die Zivilgesellschaft, die Künste, die Natur- und Geisteswissenschaften einschließlich eines investigativen Journalismus, des Weiteren die Migranten als „Botschafter anderer gesellschaftlicher, kultureller und ökologischer Realitäten“ (!) sowie schließlich Pioniere und Subkulturen als „gesellschaftliche Labors“ (ebd.). Notwendig sei eine „Kulturwende“, denn der „Hyperkonsum, die Hyperinformation, die Leistungsgesellschaft oder die Erlebnisgesellschaft“ hätten die menschlichen Grenzen nicht erweitert, sondern das menschliche Leben verstopft: „Viele Menschen haben keine Zeit und keine freien Räume mehr für echte Veränderungen.“ (S. 136)

Der Autor fordert daher dreierlei: eine De-Globalisierung, die das Leben wieder überschaubarer mache, eine De-Virtualisierung, die die sinnliche Wahrnehmung schärft, sowie schließlich eine De-Medialisierung, die tatsächliche politische Partizipation vor ledigliches Informiert-Werden als Zuschauer des Geschehens stellt. Konzepte wie die Rückkehr zum menschlichen Maß (Kohr 1995) oder einer Postwachstumsökonomie (Paech 2012) würden damit in den Vordergrund treten. Zu klären ist, was dies für BNE hieße. Kann es gelingen, Komplexität wieder zu verringern, krisenfeste Wirtschaftsstrukturen zu etablieren (Stichwort Resilienz),

² Diese Verdrängungsleistung vollbringen wir auch tagtäglich gegenüber den Hungernden, den in Kriegen Umkommenden, den im Mittelmeer Ertrinkenden. Eine Ethik gegenüber den Fernsten ist schwerer aufzubringen als die Ethik gegenüber den Nächsten.

eine neue Ökonomie der Nähe zu entwickeln? Was sind die Vorzüge, was die Nachteile von Freihandel? Wie würde fairer Handel aussehen? Und ist es denkbar, die globalen Güterketten wieder zu verkürzen? Dies wären dann genuine Fragen für die Wirtschaftskunde wie für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Das Dilemma der Gemeingüter und Verzichtsaufgabe

Am gewichtigsten erscheint mir jene Falle, die wir aus der Spieltheorie kennen, nämlich die Gemeinwohlfrage, bekannt auch als Gefangenendilemma. Warum soll ich mich ökologisch verhalten, wenn es der Nachbar nicht tut? Wenn ich auf das Autofahren verzichte, trage ich nur dazu bei, dass sich der Stau der anderen Autofahrenden verringert. Ich mache anderen Platz, ihr unökologisches Verhalten noch besser ausleben zu können. Wenn alle anderen fliegen und das Flugzeug daher sowieso fliegt, warum soll ich dann darauf verzichten? Auf der überindividuellen Ebene: Was soll das kleine Österreich schon ausrichten? Warum sollen nur wir uns ändern? Die größte Bedrohung komme ohnedies von den Chinesen, weil die so viele sind.

Nun gibt es gute Gründe, diese Argumente als Ausreden abzutun. Aufforderungen wie „Sei du die Veränderung, die du dir wünschst“ oder „Walk your talk“ haben ihre Berechtigung, weil sie den eigenen Argumenten mehr Glaubwürdigkeit verschaffen. Aus systemischer Sicht ist dem Einwand, dass mein Verhalten allein nichts bzw. zu wenig bewirkt, jedoch Recht zu geben. Das geänderte Verhalten einzelner kann Vorbildwirkung entfalten, Pioniere und Pionierinnen des Wandels können zur Nachahmung anregen. In Summe zählt jedoch nicht das Verhalten Einzelner, sondern das Verhalten aller. Wenn sich alle ein Stück weit nachhaltiger verhalten, verbessert das die Nachhaltigkeitsbilanz bedeutend mehr als durch einige 100-Prozent-Ökos, die jedoch marginalisiert bleiben. Im besten Fall als schlechtes Gewissen für die anderen fungieren (Holzinger 2016, 188ff). Das Motto der Sommerakademie „DU bist der Unterschied“ ist daher zum einen richtig – es kommt auf jeden von uns an, es ist aber auch ambivalent, wenn der Satz sinngemäß als „Auch du kannst die Welt retten“ interpretiert wird. Diese Sichtweise wäre systemisch naiv.

Wolfgang Uchatius (2019) schreibt in DIE ZEIT über den „Mythos vom Verzicht“. „Ich habe kein schlechtes Gewissen mehr“ übertitelt er den Beitrag provokant und versucht Antworten darauf zu geben, „warum es in Ordnung ist, Auto zu fahren, in den Urlaub zu fliegen, Fleisch zu essen – und trotzdem für mehr Klimaschutz einzutreten“. In der Tat eine Provokation. Mit

Bezug auf Forschungen zur Übernutzung von Gemeingütern argumentiert der Autor, dass wir aufhören sollten, die CO₂-Emissionen der einzelnen Menschen zu messen und diese zu einer Reduzierung ihres CO₂-Fußabdrucks anzuhalten. Viel wirksamer sei es, uns für neue Regeln, die für alle gelten, einzusetzen. Es brauche ein neues Verständnis von Freiheit und einen anderen Zugang zu Verboten. „Die Befreiung der Sklaven verringerte die Freiheit ihrer Herren. Genau wie später die Arbeits- und Sozialgesetze die Freiheit der Unternehmen verringerten.“ Alle diese Gesetze hätten die Freiheit des Menschen, andere auszubeuten, eingegrenzt. Nun gehe es darum, die Ausbeutung der Erde zu reduzieren. Auch das werde kaum möglich sein, ohne die Freiheit des Menschen ein wenig zu mindern: „Der Klimawandel mag auch ein privates Problem sein, aber er ist vor allem ein politisches. Auch die Natur braucht Sozialgesetze“, so der Autor. 71 Prozent der Deutschen, so zitiert Uchatius eine Umfrage, halten die Erderwärmung für das größte Weltproblem. Ob sie das ernst nehmen, hänge weniger von der Bereitschaft ab, freiwillig auf Flüge oder Autofahrten zu verzichten, sondern davon, ob sie bereit sind, dieses Verhalten einschränkende Gesetze „zu akzeptieren oder sie sogar einzufordern“ (S. 14).

Der Philosoph Richard David Precht (2019) geht noch einen Schritt weiter, wenn er meint, dass Menschen Verbote lieben. Sie würden zwar eine kurze Zeit darüber maulen, wenn das Fleisch teurer würde, letztlich aber froh sein, wenn die Massentierhaltung verboten ist. Das würde auch entlasten. In Schweden gelten bedeutend strengere Auflagen für die Tierhaltung als in den EU-Staaten – jedes Schwein hat eine Küche, ein Wohnzimmer und ein Klo, d. h. jeder Stall muss aus drei Bestandteilen bestehen. Das Fleisch der schwedischen Bauern ist teurer als jenes aus der Massentierhaltung der norddeutschen Schweinefabriken. Dennoch kaufen 80 Prozent der Schweden und Schwedinnen das teurere inländische Fleisch, wie eine Dokumentation von ARTE (2017) aufzeigte.

Freiwilligkeit versus neue Regeln für alle

Für die BNE bedeutet dies zum einen, eine systemische Sicht zu vermitteln. Es geht nicht nur um einzelne Umwelthandlungen, sondern um die Summe der Spuren, die wir hinterlassen. Systemisch gesprochen, um das Erkennen aller Folgen und Nebenfolgen aller unserer Handlungen - inklusive deren Rückkoppelungen, Aufschaukelungen sowie möglicher Kippeffekte („Tipping Points“). Und es geht um das Erkennen bzw. Vermitteln, dass Appelle an die Freiwilligkeit bzw. den Verzicht Einzelner nicht reichen, sondern dass neue politische Rahmen-

bedingungen geschaffen werden müssen. Mit „Verantwortungsdiffusion“ wird ein Zustand ungeklärter Verantwortungszuschreibungen bezeichnet. Die „Verantwortungsfalle“ besagt, dass Einzelnen eine Verantwortung aufgebürdet wird, die sie nicht tragen können. Es geht darum, im öffentlichen Diskurs zu klären, wer welche Verantwortung trägt und diese auch einzufordern – seitens der Politik, der Unternehmen, der Verbände und letztlich natürlich auch von uns als KonsumentInnen. BNE wird so genuin zu Politischer Bildung, die Strategien, Barrieren und Chancen von ökologischen Anreizstrukturen inklusive neuer Vorschriften, Ge- und Verbote reflektiert. Individuelle Verhaltensänderungen werden damit nicht obsolet, aber eingebettet in eine systemisch-gesellschaftliche Gesamtstrategie.

Manfred Linz (2011, S. 23ff) geht von vier Bedingungen aus, die ökologisches Verhalten begünstigen. Erstens: die Aussicht auf Gewinn – in unserem Falle auf nicht materiellen (dem traut der Autor aber nicht zur Gänze, sich aus dem Hamsterrad der Statusvergleiche zu lösen, werde keine „Mehrheitsbewegung“ werden). Zweitens: die Angst vor Verlust (hier vor allem die Angst unsere Lebensgrundlagen zu zerstören). Drittens: der soziale Antrieb als Wunsch zum Wohlergehen der Gesellschaft beizutragen. Sowie viertens schließlich die Einsicht in die Unausweichlichkeit der Veränderung. Auf diese setzt der Autor insbesondere und führt hierfür als Bedingungen an, dass die abverlangten Veränderungen einsichtig begründet sein und alle nach ihrer Leistungsfähigkeit treffen müssen. Der Autor ist aber Realist und glaubt nicht an allein freiwillige Veränderungen. Die wichtigen Entscheidungen zur Zukunftsfähigkeit könnten von unten vorbereitet werden, sie würden die ganze Gesellschaft aber nur erreichen, wenn sie politisch durchgesetzt werden.

Linz spricht daher von „verordneter Nachhaltigkeit“ (ebd. S. 27). Erst durch entschlossenes politisches Handeln werde sich nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren durchsetzen lassen: „Es werden Gesetze und Verordnungen den Raum abstecken, innerhalb dessen Freiheit herrschen kann. Es wird ein bestimmtes Verhalten mit Anreizen ermutigt und anderes mit Belastungen entmutigt werden. Es werden Steuern und Abgaben erhöht und Vergünstigungen beendet werden.“ (ebd.) Die „offene Diskussion in den Medien und unter den Bürgern und Bürgerinnen“ wie auch die „kämpferische Mitwirkung der Zivilgesellschaft“ werde es den handelnden PolitikerInnen ermöglichen, die „lähmende Ambivalenz zwischen Einsicht und Mehrheitsbeschaffung aufzugeben und mutige Lösungen voranzubringen“ (ebd. S. 28).

Diese Befunde ähneln einem von mir vorgeschlagenen, fünfstufigen Modell für ökologisches Verhalten, das vom Wissen über das Sollen und Wollen hin zum Können und Müssen reicht. (Holzinger 2012, S. 225ff, 2013, S. 46ff). Wichtig ist zunächst Wissen, d.h. informiert zu sein über die Folgen des eigenen Handelns sowie über alternative Handlungsmöglichkeiten. Wissen allein führt aber noch lange nicht zum anderen – in unserem Falle – nachhaltig(er)em Verhalten. Eine wesentliche Rolle spielt zweitens das Sollen, also die Werte, die in einer Gesellschaft dominieren: Gebote, Normen, Ideale, Zukunftsbilder. Als dritte Stufe gilt das Wollen als intrinsische Motivation. Man könnte auch sagen: das verinnerlichte Wertesystem. Ich tue etwas nicht, weil andere bzw. die Gesellschaft oder Gemeinschaft dies verlangt, sondern weil es mir selbst wichtig ist. Als vierte Bedingung für Verhaltensänderung gilt das Können – und zwar im doppelten Sinne: als Fähigkeit bzw. Kompetenz, sich alternativ zu verhalten, aber auch im Sinne von Rahmenbedingungen, die das gewünschte Verhalten ermöglichen (physisches Angebot) bzw. fördern (Anreize). Wissen, Sollen und Wollen haben stark mit Bildung, Kultur und Werte bildenden Instanzen (Medien, Schulen, Universitäten) zu tun. Das Können führt ins Feld der Politik, der Gestaltung von Anreizsystemen. Diesem zuzuordnen ist schließlich die fünfte Stufe: das Müssen, also gesetzliche Verpflichtungen.

Dass veränderte soziale Normen starken Einfluss auf ein umwelt- und klimafreundliches Verhalten haben, hat eine Studie der IIASA am Beispiel Ernährung ergeben. „Ungeschriebene Verhaltensregeln, die in einer Gruppe oder Gesellschaft als zu akzeptieren betrachtet werden“, seien essenziell. Ein weiterer Faktor sei „Selbstbewusstsein“. Stehe man demonstrativ zum Vegetarier, könne man auch andere vielleicht dazu bewegen. Wenn man im Restaurant couragiert als Erste/r vegetarisch bestelle, beeinflusse das die Entscheidung anderer Gäste am Tisch, so die die StudienautorInnen um Sibel Eker (IAASA 2019, nach APA 2019).

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen der Deutschen Bundesregierung hat einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011) ausgearbeitet. Als zentrale AkteurInnen macht der WBGU darin „Pioniere des Wandels“ aus, die von „Nischenakteuren“ zu „Agenda Settern“ werden, damit die Nische verlassen und „Breitenwirksamkeit durch gesellschaftliche Routinisierung“ erlangen. Dem „gestaltenden Staat“ käme dabei die Aufgabe zu, die Nischenakteure zu unterstützen und Rahmenbedingungen für den Wandel zu schaffen (ebd. S. 285). Das Ziel müsse sein, nachhaltiges Verhalten einfacher zu machen und zu belohnen (Schneidewind/Zahrndt 2013).

Ein Wandelmodell des Umweltaktivisten Bill Moyer geht von vier Phasen aus: 1. Ein Problem existiert, ist aber nicht im öffentlichen Raum, 2. Die Menschen reden darüber, 3: Es wird Thema politischer Debatten, 4. Mächtige unterstützen die Veränderung. Der öffentlichen Wahrnehmung eines Problems erfolge zeitverzögert die steigende Ablehnung des Status quo, erst danach sei mit öffentlicher Unterstützung der Veränderung zu rechnen. Initiativen bräuchten daher einen langen Atem und dürften sich nicht zu schnell entmutigen lassen (Koglin/Rohde 2019, S. 64f). Mahatma Gandhis hat in ähnlicher Weise ebenfalls von vier Phasen gesprochen, die in Bewegungen durchlaufen: Zuerst ignorieren sie dich, dann belächeln sie dich, dann bekämpfen sie dich, am Ende greifen sie deine Ideen auf. Viktor Hugo hat es noch kürzer formuliert: Es gibt nichts stärkeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Die Historiker Jürgen Osterhammel und Niels Petersenen (2014) gehen von „Häufigkeitsverdichtungen“ neuer Ideen und Ansätze, technologischer und sozialer Innovationen aus, die Veränderungen anzeigen und anstoßen. Selbstredend gibt es keinen Automatismus. Neue Ideen können auch scheitern.

Ausblick: BNE als Politische Bildung

Wir rekapitulieren: Wissen allein führt noch nicht zu einem veränderten Verhalten. Und doch wird der Wissenschaft wie der Bildung ein wichtiger Stellenwert im Transformationsprozess hin zur Nachhaltigkeit zugeschrieben. Die Rede ist von „Transformationsforschung“, die Gelingensfaktoren und Barrieren des Wandels untersucht, sowie von „transformativer Forschung“, die sich aktiv in Veränderungsprozesse einbringt, in Dialog tritt mit den anderen Subsystem der Gesellschaft wie Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Notwendig hierfür seien neue Forschungsprioritäten und veränderte institutionelle Forschungslandschaften (Schneidewind/Luhmann 2012). Analog dazu wird von „Transformationsbildung“ und „transformativer Bildung“ gesprochen. Lehr- und Lerninhalte sind auf die geforderten Veränderungen hin auszurichten. Die Lehr- und Lernmethoden müssen die erforderlichen Kompetenzen vermitteln, so der Umweltdidaktiker Gerd Michelsen (2012). Er bezieht sich auf die „Change Agents“ (WBGU 2011) als „strategische Akteure, die sich aktiv am gesellschaftlichen Wandel beteiligen und zeigen, dass dieser möglich ist“. Sie hinterfragen „aktuelle Politiken, Weltbilder, Entwicklungspfade, Verhaltensmuster und schaffen Motivation zur Beteiligung am Transformationsprozess“ (ebd. S. 87). Wissen sei nichts ohne Wissende, und Wissen verbrei-

te sich nur durch Handelnde, so der Bildungsexperte. Notwendig sei daher eine „frühzeitige Beteiligung von möglichst vielen Menschen am Wandlungsprozess“ (ebd.).

Sind diese Ansprüche zu hoch und überfordern sie die Bildung wie die zu Bildenden? Der Erziehungswissenschaftler Hans Karl Peterlini (2018, S. 94f) fragt, was Umwelt- und Friedenserziehung ausrichten sollen „in einer Welt, die von ihren ökonomischen und politischen Strukturen auf Konkurrenz, Konsum, Krieg ausgerichtet ist“. Peterlini verweist dabei auf die nur „zögerlich umgesetzten oder boykottierten Maßnahmen zum Klimaschutz“ ebenso wie auf die „zynische Kälte der europäischen Asylpolitik“ oder die „ungenierte Profitbeteiligung am internationalen Waffengeschäft“. Beiträge der Pädagogik zur Veränderung sieht der Autor demnach nicht in Verhaltensappellen, sondern in der „Erziehung zur Mündigkeit“.

Bildung wie Politik leiden unter einem Glaubwürdigkeitsdefizit bei jungen Menschen, wenn sie nicht die Widersprüche zwischen Rhetorik und Handeln auflösen. Nachhaltigkeits- und Klimapolitik werden in Zukunft daran gemessen werden, ob in der Tat konsistente Strategien verfolgt werden, die alle Ressorts umfassen – allen voran auch die Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten. Und ob es gelingt, die notwendigen Begrenzungen hinzubekommen, etwa die Reduzierung der Automobilität, das Verbot von Kurzstreckenflügen, die Unterbindung von Massentierhaltung, die Verkürzung der Güterketten und die Beschränkung des Freihandels. Ein in Wohlstands- und Konsumdemokratien kein leichtes Unterfangen, da hierfür demokratische Mehrheiten gefunden werden müssen.

Das Glaubwürdigkeitsdilemma der Politik rührt insbesondere daher, dass vor konsequenten Schritten und Einschnitten zurückgeschreckt wird, häufig nur symbolische Maßnahmen gesetzt werden, die Wirtschaftspolitik etwas anderes vorantreibt als das Umweltressort fordert. Auf technische Lösungen zu hoffen und an freiwillige Verhaltensänderungen zu appellieren, ist einfacher als den Bürgern und Bürgerinnen mitzuteilen, dass es auch Beschränkungen brauchen wird.³ Auch wenn die Politik hier manches Mal zu vorsichtig agiert, die Men-

³ Der Leiter des Wegener Center für Klima und Globalen Wandel Gottfried Kirchengast kritisiert die österreichische Klimapolitik der letzten Jahrzehnte heftig. Es seien keine neuen Rahmenbedingungen geschaffen worden wie eine CO₂-Steuer oder Temporeduktionen auf den Straßen, die der E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen würden. Kirchengast spricht von „politischem Kleinmut“ und kritisiert die Wasserstoffstrategie der Neuen Volkspartei unter Sebastian Kurz als „Irreführung“ der Bevölkerung, da Wasserstoff vor allem bei Großfahrzeugen und Flugzeugen eine Rolle spielen werde, nicht jedoch in der Alltagsmobilität. Der Experte rechnet mit volkswirtschaftlichen Kosten dieses Nicht-Handelns in der Höhe von 30 bis 40 Milliarden Euro allein bis 2030, 5-10 Mrd. würden für Zertifikatskosten anfallen, etwa 15 Mrd. für die Fortführung der Subventionen für fossile

schen mehr akzeptieren würden als angenommen wird (Grunwald 2012). Andere Bilder von einem Wohlstand, der mehr Lebensqualität bei weniger Umweltverbrauch verspricht, ist durchaus denkbar und kann attraktiv sein. Denn es ist zu fragen, worauf wir jetzt verzichten – etwa auf grüne Städte, die wieder den Menschen gehören und nicht den Autos, oder auf ein Leben mit weniger Stress und einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und zivilgesellschaftlichem Engagement (Holzinger 2016, Welzer 2019). Letztlich kommen wir aber um neue Regeln, die für alle gelten, nicht umhin. Bildung für nachhaltige Entwicklung, die dies ausspart, verfehlt ihr Ziel.

Die Stärke der offenen Gesellschaft liegt in ihrer Fähigkeit, immer wieder Lösungen für auftretende Probleme zu finden. Diese Stärke kann zur Schwäche werden, wenn aufgrund der Komplexität der modernen hochtechnisierten Gesellschaft und der Größe der Eingriffe in die Ökosysteme diese Lösungen nicht mehr greifen. Das Diktum von Adam Smith, dass - wenn alle ihr Einzelinteresse verfolgen - dies letztlich zum Wohl aller beiträgt, stimmt so nicht mehr, wenn es überhaupt je Gültigkeit hatte. Die Verfolgung von Partikularinteressen in einer stark segregierten Gesellschaft verhindert die Verständigung auf ein gemeinsames, übergeordnetes Ziel. Nach dem Trauma zweier Weltkriege und von Faschismus und Diktatur war das Wohlstandsversprechen diese große verbindende Erzählung, die in den westlichen Demokratien auch Wirklichkeit geworden ist. Nun bekommt dieses Wohlstandsversprechen nicht nur Risse – der Fahrtsuhl fährt längst nicht mehr für alle weiter nach oben. Es stößt auch an seine ökologischen Grenzen; dies umso mehr, als die globale Konsumentenklasse rapide zunimmt. Und mit ihr weisen alle Ressourcenverbrauchstrends weiterhin steil nach oben. Das Erfolgsmodell gerät in die Krise, weil es andere auch verfolgen. Unser verschwenderischer Konsum- und Lebensstil entpuppt sich als „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2018), die erkaufte ist mit der Ausbeutung von Menschen in den verbleibenden Randzonen des globalen Kapitalismus und mit dem Raub an Zukunftsmöglichkeiten für spätere Generationen. Wir leben in einer „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2017).

Der Lebensstil-Ansatz hat seine Berechtigung. BNE soll ökologische Verhaltensweisen thematisieren und reflektieren. Sie darf sich aber nicht darauf beschränken. Die Lebensweisen junger Menschen folgen in manchen Bereichen ohnedies bereits ökologischen Routinen, wie etwa die stärkere Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, die Abnahme der Autoaffinität

Energien. Dazu kämen Klimaschadenskosten von hochgerechnet 10 bis 15 Mrd. (n. Kleine Zeitung, 21.7.2019, Interview mit Günter Pilch).

oder die Zunahme des Vegetarismus und Veganismus zeigen.⁴ Die Stärke der Bewegung „Fridays for Future“ liegt jedoch darin, dass die heute junge Generation sich gegen den Raub an Zukunftsmöglichkeiten zu wehren beginnt und dass sie die Verantwortung der Erwachsenen in Politik und Wirtschaft einfordert, sich nicht abspeisen lässt mit Appellen, selbst klimafreundlicher zu leben. So gesehen könnten die Schulstreiks der bisher wirkungsvollste, wenn auch nicht beabsichtigte Beitrag zu Bildung für nachhaltige Entwicklung sein. Junge Menschen erfahren sich in ihrer Selbstwirksamkeit als politische Wesen.

Literatur:

APA (2019): Änderung sozialer Normen würde klimafreundliche Ernährung fördern. Ergebnisse einer IIASA-Studie, 22.7.2019.

ARTE (2017): Armes Schwein – Fetttes Geschäft. Der wahre Preis des Billigfleisches. ARTE, 5.9.2017.

Bilharz, Michael (2008): „Key Points“ nachhaltigen Konsums. Marburg.

Binswanger, Hans Christian (2006): Die Tretmühlen des Glücks. Freiburg.

Binswanger, Hans Christian (2019): Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim.

Bourcade, Kay, Herzmann; Karsten (2018): Die Scheinkrise. Warum es uns besser geht als je zuvor und wir dennoch das Gefühl haben zu scheitern. Frankfurt.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2018): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München.

Bregman, Rutger (2019): Utopien für Realisten. Die Zeit ist reif für die 15-Stunden-Woche, offene Grenzen und das bedingungslose Grundeinkommen. Hamburg.

De Haan, Gerhard (2014): Nach der Dekade. Konturen eines Weltaktionsprogramms zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: BNE Jahrbuch 2014, Wien; S. 156-166

⁴ Laut einer Studie des Marktforschungsunternehmens Mintel kauft in Deutschland fast jeder Fünfte der 16- bis 24-Jährigen Fleischalternativen. Der Trend ist auch am deutschsprachigen Kochbuchmarkt abzulesen: Wurden 2010 nur drei vegane Kochbücher veröffentlicht, waren es 2015 bereits 119. 2016 gab es 211 Neuveröffentlichungen, das sind 77 Prozent mehr als im Vorjahr. Alle Daten nach: <https://vebu.de/veggie-fakten/entwicklung-in-zahlen/vegan-trend-fakten-zum-veggie-boom/>

Euler, Peter (2014): Nachhaltigkeit und Bildung. Plädoyer für ein sachhaltiges Verstehen herrschender Widersprüche. In: BNE Jahrbuch 2014, Wien; S. 167-174

Felber, Christian (2012): Die Gemeinwohlökonomie. Ein Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien.

Firlei, Klaus (2013): Alle Macht dem Text. Zukunftswissenschaft als Anleitung für globale Verfassungskonstruktionen. In: Projekt Zukunft. Robert Jungk 1913 – 2013, Salzburg, S. 188-239.

Gronemeyer, Marianne (1993): Das Leben als letzte Gelegenheit. Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit. Darmstadt.

Gronemeyer, Marianne (2009): Die Kunst des Aufhörens. Weil genug genug ist. Darmstadt.

Grunwald, Armin (2012): Das Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. München.

Hartmann, Kathrin (2009): Das Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die LOHAS und die Lifestyle-Ökos vereinnahmt. München.

Hartmann, Kathrin (2018): Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell. München.

Hickel, Jason (2018): Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet. München.

Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg.

Holzinger, Hans (2013): Wie kommt es zum Wandel? Transformationsforschung im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: BNE Jahrbuch 2013, Wien; S. 43-52

Holzinger, Hans (2016): Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands. München

Holzinger, Hans (2018a): Wie wirtschaften? Ein kritisches Glossar zu den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Geld, Konsum, Ressourcen und Neuansätze. Salzburg.

Holzinger, Hans (2018b): Sustainable Development Goals. Ziele für nachhaltige Entwicklung. Eine kritische Würdigung. Wien/Salzburg. Download: <https://wachstumimwandel.at/factsheet-sustainable-development-goals/>

Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München.

Koglin, Ilona; Rohde, Marek (2019): Faironomics. Ökologisch, fair und frei. München.

Kohr, Leopold (1995): "Small is beautiful". Ausgewählte Schriften aus dem Gesamtwerk. Wien.

Lessenich, Stephan (2017): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihre Folgen. München.

Mohrs, Thomas (2018): Zwischen den Reden und dem Tun. In: Perspektive wechseln. Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung. Michael Schöppl (Red.). Wien, S. 108-117.

Osterhammel, Jürgen / Petersson, Niels P. (2014): Geschichte der Globalisierung Dimensionen, Prozesse, Epochen. München.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Eine Streitschrift. München.

Peterlini, Hans Karl (2018): Prämissen einer Erziehung „zum Guten“. In: Perspektive wechseln. Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung. Michael Schöppl (Red.). Wien, S. 94-101.

Precht, Richard David (2018): Jäger, Hirten, Kritiker. Eine Utopie für die digitale Gesellschaft. München.

Precht, Richard David (2019): Die Menschen lieben sie. Richard David Precht fordert mehr Verbote. In: Die Welt, 9.7.2019.

Raworth, Kate (2018): Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München.

Rosa, Hartmut (2018): Unverfügbarkeit. Vorlesungen an der Karl-Franzens-Universität. Graz.

Schneidewind, Uwe (2018): Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt.

Schneidewind, Uwe; Zahrndt, Angelika (2013). Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München.

Schulmeister, Stephan (2018): Der Weg zur Prosperität. Salzburg.

Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/M. (u.a.).

Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hg.^{innen}, 2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft.. Marburg.

Sorgo, Gabriele; Sorgo, Wolfgang (2005): Das alte enge Selbst vergessen. Naturerfahrung und Spiritualität. In: Dies. (Hg): Natur erleben. Neues aus Forschung und Praxis der Naturerfahrung. Wien, S. 213-224

Sorgo, Gabriele (2011): Das Konsumdispositiv. Warum wir nicht anders handeln, obwohl wir es besser wissen. In: Dies.(Hg.ⁱⁿ): Die unsichtbare Dimension. Bildung für nachhaltige Entwicklung im kulturellen Prozess. Wien, S. 107 – 124.

Staab, Philipp (2016): Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus. Hamburg.

Stoltenberg, Ute (2013): Bildungslandschaften für eine nachhaltige Entwicklung. In: BNE Jahrbuch 2013, Wien; S. 30-37.

Sühlmann-Faul, Felix; Rammler, Stephan: Der blinde Fleck der Digitalisierung. Wie sich Nachhaltigkeit und digitale Transformation in Einklang bringen lassen. München.

Uchatius, Wolfgang (2019): Ich habe kein schlechtes Gewissen mehr. In: DIE ZEIT, 11.7.2019.

Vorage, Marcel (2019): Nachhaltige Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: GW-Unterricht 154 (2/2019), S. 48-56.

Welzer, Harald (2019): Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen. Frankfurt.

Mag. Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und pädagogischer Leiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind nachhaltiges Wirtschaften, Zukunft der Arbeit, neue Wohlstandsmodelle. Er ist Moderator von Zukunftswerkstätten, Mitherausgeber des Magazins "ProZukunft" und Autor mehrerer Bücher. Zuletzt erschienen: "Wie wirtschaften? Ein kritisches Glossar" (2018), "Von nichts zu viel - für alle genug" (2016). An der Sommerakademie 2019 des Forum Umweltbildung hielt er einen Workshop zum Thema „Zukunft in Diskussion bringen“.

hans.holzinger@jungk-bibliothek.org | www.jungk-bibliothek.org | www.hans-holzinger.org